



„Die Angst vor kurzfristigem Schmerz führt zu einer langfristigen Lähmung“

Restrukturierungsexperten warnen vor den Folgen der lang andauernden Coronahilfen

VON SIGRID BRANDSTÄTTER

LINZ. Aktuell halten Förderungen viele nicht mehr lebensfähige Firmen am Leben, kritisiert Bernhard Klingler, Vorstand von ReTurn, einem Sanierungsverband mit 400 Experten. Warum das schlecht ist und was Startups und Sanierungsfälle gemeinsam haben, erklärt Klingler im OÖN-Interview.

OÖN: Ihr Restrukturierungsverband meint, dass die Regierung zu lang Coronahilfen gewährt hat. Woran machen Sie das fest?

Klingler: Die jüngsten Insolvenzzahlen des KSV von 1870 für das erste Halbjahr zeigen, dass die Insolvenzen von der Anzahl her um 60 Prozent und von der Höhe der Verbindlichkeiten um 80 Prozent unter einem normalen Jahr wie 2019 lagen. Daran sieht man, dass es keine Unternehmenskrisen im klassischen Sinn gibt, weil die Liquidität durch die Stützungsmaßnahmen sehr gut ist. Statistisch werden 2,2 Prozent der Firmen pro Jahr insolvent, derzeit sind wir bei 0,4 Prozent. Die Fördermaßnahmen laufen schon sehr lange und eher mit der Gießkanne.

Aber was ist so schlecht, wenn es keine Pleiten gibt?

A priori könnte man sagen, das ist gut. Weil eine Insolvenz immer eine Krise ist, die auch mit Arbeitsplatzverlusten einhergeht. Wir sehen aber, dass viele Unternehmen gerade Arbeitskräfte suchen, diese aber in geförderten Unternehmen gebunden sind, die ohne Förderung teilweise nicht mehr lebensfähig wären. Diese Arbeitskräfte werden nicht dem Markt zur Verfügung gestellt, insofern fehlt die reinigende Wirkung. Der Grund für die Nicht-Insolvenzen sind die hohen Staatsausgaben. Die Staatsschulden sind in einem Jahr um 14 Prozentpunkte gestiegen. Das ist langfristig nicht finanzierbar.

Häufig werden Insolvenzen von den Finanzämtern oder den Sozialversicherungen beantragt, weil Abgaben nicht bezahlt werden. Wird der Staat Auslöser einer Insolvenzwelle sein müssen, wenn die angezogene Handbremse in diesen Bereichen gelockert wird? Stimmt, häufig waren Gebiets-



Der Linzer Bernhard Klingler spricht für 400 Sanierer in Österreich. (privat)

krankenkassen und Finanzämter insolvenzauslösend. Jetzt kommt der Aspekt der langfristigen Steuererstattungen dazu. Wer 40 Prozent der Steuerschuld begleicht, kann die restlichen 60 Prozent über drei Jahre erstrecken. Das wird ein neues Szenario für das Finanzministerium. Bisher waren sie kurzfristig sehr konsequent im Eintreiben, jetzt stellen sie auf langfristige Perspektive um – da glauben wir, dass sich ein Risiko entwickeln kann.

Was bedeutet das: ein Verschieben der Insolvenzwelle?

Genau, wir erwarten nicht, dass in den nächsten sechs bis zwölf Monaten eine Insolvenzwelle bevorsteht. Es laufen viele Stundungen und es wurden viele Kredithaftungen etwa über die Cofag und das AWS vergeben. All diese Maßnahmen sind durch EU-Recht bis 2024 begrenzt. Bis dann muss das zurückgeführt werden. Wahrscheinlich wird sich das über die nächsten Jahre verteilen – nicht über

eine Bugwelle, sondern schrittweise.

Das klingt doch nach keiner unvernünftigen Entwicklung.

Aber man sollte Krisen aktiv lösen und nicht verschieben. Die Angst vor kurzfristigem Schmerz führt zu einer langfristigen wirtschaftlichen Lähmung. Die EU hat schon nach der Finanzkrise 2008/09 viel länger gebraucht als andere Weltregionen, um wieder auf die Wachstumsstraße zu kommen. Das liegt daran, dass wir in Europa gerne konservieren.

Wir bekommen ein neues Restrukturierungsrecht, das Gläubigerschützer kritisieren, weil es eine gerichtliche Sanierung hinter verschlossenen Türen erlaubt.

Wir sehen diese neue Restrukturierungsordnung als vernünftig an, weil auf offener Bühne viele Restrukturierungen zum Scheitern verurteilt sind. Es war durch EU-Recht vorgegeben und wird in Ös-

terreich zum letztmöglichen Termin mit 17. Juli umgesetzt. Viele Länder haben entsprechende Verfahren. Das war ein notwendiger Schritt.

Hätte schon die jüngste Verlängerung der Hilfspakete schon nicht mehr passieren dürfen?

Die Erstmaßnahmen waren richtig und wichtig. Aber jetzt ist die Zeit, die Förderungen auslaufen zu lassen. Wichtig wäre aber, die Eigenkapitalsituation zu verbessern.

Was mit der Eigenkapitalverzinsung für Unternehmen ja passieren soll.

Ja, das ist ein guter erster Schritt. Österreich ist aber – was die Zurverfügungstellung von Eigenkapital betrifft – noch immer Nachzügler. Es gibt keine Eigenkapitalinvestoren in Form von Sanierungsfonds. Der Markt für die Eigenkapitalinvestoren funktioniert sehr schlecht. Es gäbe hier viel Liquidität, aber die kommt nicht bei den Firmen an. Das ist ein Standortnachteil, den man etwa auch im Startup-Bereich sieht, wenn die Firmen größere Beträge brauchen.

Das führt dazu, dass die Firmen an ausländische Eigentümer gehen.

Genau. Das Gleiche gilt im Sanierungsbereich. Auch hier gibt es international einen Markt für Sanierungskapital. Dabei stellen Investoren Geld zur Verfügung, wenn Unternehmen in Schwierigkeiten sind. In Deutschland gibt es viele Anbieter, in München allein rund 20. In Österreich gibt es das kaum. Dadurch sind die Firmen abhängiger von staatlichem Geld – sowohl im Sanierungs- als auch im Wachstumsbereich. Viele finanzielle Probleme könnten durch privates Geld gelöst werden, dann bräuchte der Staat nicht einzuspringen. Noch ein Aspekt: Wenn es ausreichend privates Eigenkapital gibt, können auch die Banken mehr Kredite vergeben.

ReTurn: Bei dem Restrukturierungsverband sind 400 Experten, Sanierungsberater, Banker, Insolvenzverwalter und Gläubigerschützer Mitglieder. Der Sprecher des Verbands ist derzeit der Linzer Bernhard Klingler, Berater bei der KPMG.



Michel Reimon Foto: APA

Koalition streitet über geplantes Investorengericht

WIEN. In der Frage der auf EU-Ebene angedachten Investorengerichte gehen die Positionen der Koalitionspartner diametral auseinander. Während Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck (ÖVP) die Überlegungen der EU-Kommission ausdrücklich begrüßt hatte, lehnen die Grünen solche Investorengerichte grundsätzlich ab.

„Margarete Schramböck kann sich äußern, wie sie will“, sagte der grüne Nationalratsabgeordnete Michel Reimon im Gespräch mit dem Nachrichtenmagazin „profil“. „Das wird bei uns nicht durchgehen“, so Reimon. Er begründet seine Ablehnung damit, dass Rechtsstaatlichkeit in der EU für alle gelten müsse, nicht nur für Investoren. Deswegen brauche es für die Unabhängigkeit und Fairness der EU-Justiz andere Instrumente als Investitionsschutz, etwa rechtsstaatliche Verfahren gegen einzelne Mitgliedsstaaten.

ÜBERBLICK

Kurz für Steuersenkung

WIEN. Nach der Pandemie trete Österreich bei der Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen in eine neue Phase. „Jetzt werden wir wieder verstärkt unseren Fokus auf steuerliche Entlastungen legen und zum anderen auf eine starke Standortpolitik setzen, die weitere Arbeitsplätze schafft“, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz.

Keine Inflationsgefahr

FRANKFURT. EZB-Direktorin Isabel Schnabel hält trotz Chancen für kräftigere Wachstumsraten im Euro-Raum nach der Pandemie die derzeitigen Inflations Sorgen für nicht gerechtfertigt. „Selbst in diesem Umfeld sind Befürchtungen einer zu hohen Inflation unbegründet“, sagte die deutsche Ökonomin bei einer Veranstaltung in Frankfurt.

Finanzpolizei will heuer gezielt gegen Lohndumping vorgehen

Im Vorjahr wurden in Oberösterreich 4087 Unternehmen geprüft und mehr als 1200 Strafanträge gestellt

WIEN/LINZ. Die Betriebsschließungen wegen der Coronapandemie und die über lange Zeit geschlossenen Grenzen haben zu einem Sinken der Übertretungen des Lohn- und Sozialdumpinggesetzes geführt, teilte das Finanzministerium am Wochenende in einer Aussendung mit. Trotzdem seien fast 30.000 Betriebe und mehr als

60.000 Arbeitnehmer durch die Finanzpolizei kontrolliert worden, die zu 8600 Strafanträgen geführt hätten, heißt es in der Aussendung.

In Oberösterreich seien 4087 Betriebe und 7458 Arbeitnehmer überprüft worden. Die Kontrollen führten zu 1230 Strafanträgen. In fast vier von zehn Strafanträgen bestand der Verdacht auf Lohn-

und Sozialdumping, gefolgt von illegaler Beschäftigung von Ausländern, die fast ein Drittel der Strafanträge ausmachten.

Der diesjährige Kontrollplan sieht vor, dass die Finanzpolizei intensiv im Bereich des Lohn- und Sozialdumpings tätig sein wird. Hier soll es vermehrt zu Schwerpunktaktionen an den Grenzen kommen.



Am Bau wird oft kontrolliert. (BMF)

„Dass Betrug keinen Lockdown kennt, zeigen die vielen Aufdeckungen der Finanzpolizei trotz der Schließungen während der Coronapandemie“, wird Finanzminister Gernot Blümel in der Aussendung zitiert. Die Erfolgsrate bei den Kontrollen spreche außerdem für die Genauigkeit der Arbeit der Finanzpolizei, so Blümel.